

AUS DEM

maximILIANEUM

INFORMATIONEN DER CSU-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG



AUGUST 2010



Die Zukunft ist weiß-blau

ZUKUNFTSJAHRE 2010 Dialog im Zentrum • KONGRESSE Themen und Ideen • BILDUNG Gastbeitrag von Prof. Dr. Waltraud Schreiber • UMWELTECHNOLOGIEN Interview mit Johannes Hintersberger

Zukunftsjahr 2010

Zukunftsjahr 2010

Wir wollen Gestaltungs- und Handlungsspielräume für die Zukunft bewahren.



Fraktionschef Georg Schmid: „Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist eine dauerhafte Aufgabe, um überzeugende politische Lösungskonzepte entwickeln zu können.“

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Monate waren für die CSU-Fraktion vor allem geprägt durch die Arbeit an unserem Zukunftskonzept für Bayern. Unter dem Motto „Gemeinsam Bayern bewegen“ haben wir die Menschen im Freistaat nach ihren Ideen und Vorstellungen für das Jahr 2020 befragt. Wir wissen, dass Bayern vom Engagement seiner Menschen lebt. Wir verstehen den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern als dauerhafte Aufgabe der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, um überzeugende politische Lösungskonzepte entwickeln zu können.

Auf vier Kongressen zu den Themen Umwelt, Staat, Wirtschaft und Bildung von morgen haben wir uns mit den zentralen Fragen der Zukunft Bayerns auseinandergesetzt. Dabei standen unter anderem der Klimawandel, die Innere Sicherheit, der Wirtschaftsstandort und die Bildungspolitik im Vordergrund. Namhafte Experten trugen zu interessanten Diskussionen bei. Zahlreiche Wortmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben wichtige Impulse für unsere künftige Politik.

Damit ist unser Zukunftsdialog aber noch lange nicht abgeschlossen. Wir werden Ihre Zuschriften und vielfältigen Vorschläge und Ideen gewichten, abwägen, diskutieren und in einem einheitlichen Konzept für die zukünftigen Schwerpunkte der bayerischen Politik zusammenführen. Unser Zukunftskonzept werden wir dann im November 2010 vorstellen.

In dieser Ausgabe finden Sie einen Fragebogen. Bitte schicken Sie uns Ihre Vorschläge oder einfach Wünsche für die Zukunft Bay-

erns zu. Wir wollen, auch über die Sommerpause hinaus, Ihre Anregungen aufnehmen und gemeinsam Bayern bewegen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie einen erholsamen Sommerurlaub! ■

Mit freundlichen Grüßen

Georg Schmid



Gemeinsam Bayern bewegen

„Staat von morgen“



Justizministerin Dr. Beate Merk, Fraktionschef Georg Schmid, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, Arbeitskreisvorsitzende Ingrid Heckner, Innenminister Joachim Herrmann (vorne) sowie die Arbeitskreisvorsitzenden Christian Meißner, Petra Guttenberger, stellv. Fraktionsvorsitzender Alexander König und Finanzminister Georg Fahrenscho in Bamberg. (v.l.)

Sicher, schlank und bürgernah



Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Auf dem Zukunftskongress in Bamberg diskutierte die CSU-Landtagsfraktion über das Thema „Staat von morgen – sicher, schlank und bürgernah“.

Das Eingangsreferat hielt der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Hans-Jürgen Papier. Fraktionschef Georg Schmid und Dr. Günther Denzler, Landrat von Bamberg und Bezirkstagspräsident von Oberfranken, beschäftigten sich mit der Frage „Brauchen die Kommunen mehr Kompetenzen?“. Justizministerin Dr. Beate Merk und Angelika Gifford von Microsoft beleuchteten mögliche Konsequenzen der Digitalisierung für die Handlungsfähigkeit des Staates.

politisch-moralische Führung sehe ich darin, dies der Bevölkerung immer wieder zu vermitteln und nicht etwa darin, das staatliche Füllhorn immer ungenierter zulasten einer dauerhaften Existenz- und Funktionsfähigkeit des demokratischen Staates und damit der Zukunft künftiger Generationen über das Volk zu entleeren.“

In den anschließenden Foren wurde betont: Für die Akzeptanz des Staates in der Bevölkerung sind starke Kommunen, innere Sicherheit und eine funktionierende Verwaltung wesentlich. Neben diesen Kernaufgaben darf der Staat sich nicht übernehmen. Ein Staat muss Missstände im Land beseitigen. Aber er muss sich nicht um alles kümmern. Das Ziel kann nicht staatliche Allmacht, sondern sollte eine aktive Partnerschaft zwischen Bürgern und ihrem Staat sein. ■



Finanzminister Georg Fahrenscho, Ingrid Heckner, MdL und Josef Frész.

Zum Thema „Innere Sicherheit 2020: Wie viel Macht soll der Staat haben?“ diskutierten Innenminister Joachim Herrmann und Professor Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen.

„Was erwarten wir von einer modernen Verwaltung?“ lautete das Thema von Finanzminister Georg Fahrenscho und Professor Dr. Helmut Krcmar von der Technischen Universität München.



Ideen aus dem Publikum.

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Hans-Jürgen Papier, mahnte, die Bürger müssten in Zukunft mehr Verantwortung für sich, ihre Mitmenschen, den Staat und die Gesellschaft übernehmen. In seinen grundsätzlichen Ausführungen zu den staatlichen Aufgaben warnte Papier vor einer Überfrachtung des Staates. Er forderte eine klare Schwerpunktsetzung in der Politik: „Wirklich kluge

Mehr Fotos sowie die Rede von Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier finden Sie unter: www.csu-landtag.de

Gastbeitrag

„Bildung von morgen“



Gastbeitrag von
Prof. Dr. Waltraud Schreiber

ZUR PERSON



Professorin für Theorie und Didaktik
der Geschichte an der Katholischen
Universität Eichstätt-Ingolstadt

MEHR INFOS ZU FRAU PROF. DR.
SCHREIBER UNTER:
www.ku-eichstaett.de

„Bayerns Schüler lernen am besten“ (Schlagzeile in BR-Online zum Ländervergleich 2010). Der Blick auf nationale und internationale Vergleichsstudien zeigt: Bayern kann – von der Grundschule bis zur Hochschule – stolz auf seine Schüler und Lehrer sein. Auf dieser Basis kann aufgebaut werden, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Ohne einen Wandel der Bildungsarbeit sind sie allerdings nicht zu bewältigen. Wir sind konfrontiert mit einer immer weiter fortschreitenden Explosion des Wissens, die mit einer immer kürzeren Halbwertszeit einhergeht, mit dem bevorstehenden demographischen Wandel, der Notwendigkeit einer weiter steigenden Bildungsbeteiligung. Dazu kommt die zunehmende Globalisierung und Pluralität aller Lebensbereiche.

Was muss man eigentlich können, um in dieser Welt die Orientierung nicht zu verlieren? Welche Bildung erlaubt es dem Einzelnen, komplexe Situationen zu bewältigen und unerwartete Probleme zu lösen, zugleich aber auch innezuhalten und seine Mitte zu finden, gerüstet zu sein für das Leben in den unterschiedlichen Gruppen, zu denen er gehört?

Neugierigen, in sich gefestigten, sozial eingebundenen Persönlichkeiten gelingt es, auszubalancieren zwischen den ständig steigenden Anforderungen und dem, was sie leisten kön-

nen und wollen. Viel zu oft gibt es in dieser immer bunter, globaler, vernetzter werdenden Welt aber auch diejenigen, die sich von diesem rasanten Wandel überfordert fühlen. Um all diese Gruppen muss „Bildung der Zukunft“ sich kümmern. Es geht darum, Menschen von Jung bis Alt in ihrer Fähigkeit zu fördern, in neuen Situationen zu bestehen und die dabei auftretenden Probleme zu lösen. Dazu müssen sie lernen, auf bereits erworbenes, intelligent strukturiertes Wissen und auf ein flexibel nutzbares und ausbaubares Methodenrepertoire zurückzugreifen. Dafür kann ein Lernen sorgen, das darauf ausgerichtet ist, die lebenslange Entwicklung kognitiver, sozialer, personaler Kompetenzen gleichermaßen zu fördern, um so in der Gegenwart bestehen zu können und für die Zukunft gerüstet zu sein.

Konkretisiert man Bildungsarbeit am Beispiel Schule, so ist offenkundig, dass kompetenzorientierter Unterricht nicht schon erfolgreich ist, wenn das Thema und das zugehörige Wissen vermittelt sind, sondern erst, wenn das Thema tatsächlich „beim Schüler angekommen ist“. Möglichst viele Schüler einer Klasse müssen in der Unterrichtssequenz „Sinn“ für sich erkennen, die Welt um sie herum besser verstehen und beginnen, ihr Wissen und Können neu zu organisieren. An zwei sehr unterschiedlichen Beispielen will ich zeigen, was es heißt, Kompetenzorientierung zum Unter-



richtsprinzip zu machen. Das erste Beispiel greift ein leidiges, viel beklagtes Phänomen auf: die oft zu gering ausgeprägte Kompetenz, orthographisch sicher zu schreiben. An diesem Beispiel will ich verdeutlichen, dass eine kompetenzorientiert arbeitende Schule sich für Förderung „zuständig“ fühlen muss. Da, wo Rechtschreibprobleme sichtbar werden, müssen sie angegangen werden, und wenn es in Abschlussklassen der weiterführenden Schule, in der Berufsschule oder gar an der Uni ist. Voraussetzung dafür ist, dass Lehrer in der Lage sind, die jeweiligen Lernstände ihrer Schüler zu diagnostizieren und dem Niveau entsprechend gezielte Fördermaßnahmen anzubieten.

Das zweite Beispiel betrifft ein Standardthema des Geschichtsunterrichts, die „industrielle Revolution“ einschließlich der „sozialen Frage“. Um es aus dem lebensfernen Rahmen zu holen, den das Standard-Unterrichtsmaterial Schulbuch oft präsentiert, kann in einem zweiten Schritt gefragt werden, inwiefern Industrialisierung auch in der Region, in der die Schüler heute zusammenleben, tatsächlich „Revolution“ war. Die Industrialisierung des 19. und frühen 20. Jahrhundert, ihre Deutung als „Revolution“ sollte dazu genutzt werden, um auch Umbrüche einordnen und beurteilen zu lernen, die in der heutigen dritten oder vierten „industriellen“ Revolution

in das Leben der Schüler und ihrer Familien eingreifen und es verändern. Die Herausforderung an alle Fächer und an die damit befassten wissenschaftlichen Disziplinen besteht darin, Kompetenzbereiche zu bestimmen, über die Schüler verfügen müssen, um das Leben in der rasant sich wandelnden Welt gut meistern zu können – fach-, aber auch sozial- und selbstkompetent.

Wird lebenslanges Lernen, als lebenslange Kompetenzentwicklung in fachlichen und überfachlichen Bereichen verstanden, dann reicht es nicht, in der Schule fallbezogenes Arbeitswissen zu vermitteln. Es geht vielmehr darum, die Schüler zu unterstützen, ein kategoriales, systematisches, damit intelligentes, verfügbares und kommunizierbares Wissen aufzubauen, das als „Sachkompetenz“ zur Verfügung steht, wenn in neuen Situationen agiert werden muss.

Auch wenn ein festgezurrt „Kanon“ an Wissen nicht Bedingung für die Entwicklung von Kompetenz sein kann – dazu verändert sich

die Welt zu schnell – gibt es einen Bestand wichtiger Themen, die in den Bildungsinstitutionen aufgegriffen werden müssen, um den Lernenden Orientierung zu ermöglichen. Dieser Bestand kann aber nicht dauerhaft gültig sein, sondern muss immer wieder neu diskutiert und ausgehandelt werden. ■

FraktionenTV



Die Folge „Bildung von morgen“ auf
www.csu-landtag.de
www.youtube.com/user/FraktionenTV

Gemeinsam Bayern bewegen

„Wirtschaft von morgen“



Staatsminister a.D. Erwin Huber, MdL, Dr. Georg Kofler, stv. Fraktionsvorsitzende Renate Dodell, Dr. Jürgen M. Geißinger, Arbeitsministerin Christine Haderthauer und Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.

Standort Bayern – attraktiv, innovativ und produktiv



Georg Schmid, Finanzminister Georg Fahrenschon und Erwin Huber, MdL.



Petra Guttenberger, MdL, im Gespräch mit Siegfried Gallus, Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes Bayern..



Abgeordneter Klaus Stöttner in Ingolstadt.

Im Rahmen des Bürgerdialogs „Gemeinsam Bayern bewegen“ diskutierte die CSU-Landtagsfraktion auf dem Wirtschaftskongress in Ingolstadt über das Thema „Standort Bayern – attraktiv, innovativ und produktiv“. Mit dem Slogan „Wirtschaft ist nicht alles. Aber ohne Wirtschaft ist alles nichts!“ führte der CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Schmid in den dritten Zukunftskongress ein. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes sichere Arbeitsplätze und Wohlstand, sie biete den Menschen Lebensqualität, Aufstiegschancen und soziale Sicherheit, so Schmid.

Professor Dr. Hans-Jörg Bullinger, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, gab auf die Frage im Titel seines Eingangsreferats, „Wie bleibt Bayern Innovationsvorreiter?“, klare Antworten. Mobilität, Umwelt und Gesundheit seien in Zukunft die großen Innovationsbereiche, in die Bayern als ein europaweit führendes Innovationsland investieren solle.

Dr. Jürgen Geißinger, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Schaeffler Gruppe, legte ein klares Bekenntnis zum Produktionsstandort Bayern ab. Er forderte jedoch eine stärkere europäische Vernetzung. Dafür brauche es nicht nur gute Verkehrswege, sondern auch digitale Autobahnen auf hohem Niveau.

In der Diskussionsrunde „Wie bleibt Bayern attraktiv für Unternehmen?“ kam es zu einem regen Meinungsaustausch zwischen den teilnehmenden Experten. Dr. Christine Bortenlänger, Vorstandsvorsitzende der Bayerische Börse AG, unterstrich die Bedeutung der Vielfalt an Banken und Versicherungen. Sie warnte vor einem drohenden Wegbrechen des Finanzsektors und forderte daher eine Stärkung des Finanzstandortes Bayern.

Dr. Detlef Müller-Wiesner, operativer Leiter des Bereichs Innovation bei der EADS Deutschland, wies auf die gestiegene Bedeutung der sogenannten weichen Faktoren hin. „Das Wohlfühlklima ist wichtig“, so Müller-Wiesner. Gerade die ländlichen Gegenden könnten hier gegenüber den Städten punkten.

Manfred Hoffmann, Geschäftsführer der Sonax GmbH, sah immer noch zu hohe bürokratische Hürden. Er trat für die Errichtung eines sogenannten „One-Stop-Shop“ ein, um Verwaltungsabläufe gerade für kleine und mittelständische Unternehmen zu beschleunigen. Dr. Georg Kofler, CEO der Kofler Energies AG, schrieb dem Energiesektor eine tragende Rolle zu. Auch forderte er mit der Etablierung eines zweiten Geschäftsmodells im Energiesektor, der Energieeffizienzwirtschaft, zu einem Paradigmenwechsel im Verständnis auf. Er sieht große wirtschaftliche Potenziale in der Energieeffizienzwirtschaft. Dieser Bereich werde „so etwas wie das Internet vor zehn Jahren.“

Die Schlussrunde bestritten Finanzminister Georg Fahrenschon und Erwin Huber, der Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Beide forderten eine aktive Wirtschaftspolitik, damit Bayern auch in Zukunft attraktiv, innovativ und produktiv bleibe. ■

Mehr Fotos finden Sie unter:
www.csu-landtag.de

Maxi im Gespräch

Jobmotor und Zukunftsbranche

Interview mit dem Abgeordneten Johannes Hintersberger, Vorsitzender der neu gegründeten Projektgruppe „Umwelttechnologien“

Sehr geehrter Herr Hintersberger, welche konkreten Ziele hat sich die neue Projektgruppe der CSU-Landtagsfraktion gesetzt?

Hintersberger: Ziel der Projektgruppe ist, einen kontinuierlichen Wissens- und Erfahrungsaustausch im Querschnittsbereich „Umwelttechnologien“ mit der Wirtschaft und der Wissenschaft, der Bildung und der Politik zu fördern und zu gewährleisten. Das Miteinander ist hier entscheidend. Ganz besonders wichtig sind mir dabei die konkreten Gespräche und Betriebsbesuche bei unseren Unternehmen. Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung müssen verständlich aufbereitet und zugänglich gemacht werden. Ein Informationsaustausch zwischen mittelständischen Betrieben, der Wissenschaft und der Politik ist entscheidende Grundlage. Das Umweltcluster oder KUMAS e.V. – das



Der Experimentalphysiker Prof. Dr. Mannhart (li.) erläutert Johannes Hintersberger, MdL, die hochtechnologischen Einrichtungen für die Forschung und Entwicklung von Hochtemperatur-Supraleitern an der Universität Augsburg.

bayerische Zentrum der Umweltkompetenz, sowie zentrale Schnittstelle für Wissenstransfer, Information, Erfahrungsaustausch und Kooperation der Umweltfirmen und – institutionen – sind dabei zukunftsweisende Vorreiter! Es gilt, mutige Unternehmer, gerade aus kleineren und mittleren Betrieben, bei der Forschung und der Entwicklung umwelttechnologischer Verfahren und Produkte, z.B. durch steuerliche Anreize, wie auch beim Export zu unterstützen.

„Umwelttechnologien – Jobmotor und Zukunftsbranche“. Welches Zusammenwirken sehen Sie von Umwelt- und Wirtschaftspolitik?

Hintersberger: Umwelttechnologien sind das Werkzeug, um dem Klimawandel zu begegnen. Wir brauchen neue Technologien! Eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik ist die beste Umweltpolitik und umgekehrt. Wirtschaft und Umwelt bedingen sich. Wir haben hier bei uns in Bayern ein starkes Potenzial erfindungsreicher Unternehmen, die mit wirtschaftlicher Kompetenz, hohem technischen Know-how und innerer Überzeugung Technologien für uns, für unsere Welt entwickeln. Auf diese müssen wir noch viel stärker zugehen. Sie schaffen mit Umwelttechnologien neue Arbeitsplätze, sie sind Jobmotor für Bayern. Und sie erhalten die Umwelt.

In welchen Technologien liegen Ihrer Meinung nach besondere Potenziale für Bayerns Wirtschaft und zur Erreichung der Klimaziele?

Hintersberger: In Bayern gibt es viele höchst innovative Unternehmen – von Existenzgründern, familiengeführten, mittelständischen

Unternehmen bis hin zu Großunternehmen –, die sich, angefangen von Kraft-Wärme-Kopplung über nanotechnologische Entwicklungen, Recyclingverfahren bis hin zu neuartigen Materialien, wie z. B. die ressourcenschonenden und gewichtssparenden Kohlefaserverbundstoffe, mit Umwelttechnologien beschäftigen und diese weiterentwickeln. Ich sehe gerade in der Entwicklung der Kohlefaserverbundwerkstoffe, „dem schwarzen Gold“, nicht nur für die Luft- und Raumfahrt, sondern auch für die Automobil-, Bau- und Gesundheitstechnik ein Megathema der Umwelttechnologie mit großer Zukunft!

Wichtige Potenziale liegen natürlich in der Forschung und Entwicklung regenerativer Energien, ob bei der Entwicklung kreativer Antriebstechnologien wie dem Elektroauto oder dem Wasserstoffmotor, neuer Speichertechnologien und intelligenter Stromnetze zum kontinuierlichen, verlässlichen Einsatz von Sonne und Wind oder neuer umwelttechnologischer, CO₂-freier Wasserkraftnutzung in frei fließenden Gewässern, z.B. mit fische- und geschlebedurchlässigen Systemen. Auch neue Recyclingverfahrenstechnologien zum Erhalt hochwertiger Edelmetalle und exotischer Mineralien und die gewinnbringende Förderung von Stoffen, die in Abfällen und auf Schrottplätzen zu finden sind, müssen angeschoben werden! Der Einsatz von Supraleitern bei Energietransport und -umwandlung ist eine weitere Innovation zur Vermeidung starker Energieverluste.

Fazit: Umwelttechnologie schont Umweltressourcen, fördert Wirtschaftswachstum und schafft Arbeitsplätze. Ideologische Scheuklappen sind fehl am Platz und kontraproduktiv. ■

Arbeitskreis Staatshaushalt

Unterwegs in der Oberpfalz

„Aus dem Kulturfonds sind 1,25 Millionen Euro, knapp 25 Prozent des Gesamtbudgets, in die Oberpfalz geflossen“, so Georg Winter, Vorsitzender des Haushaltsausschusses.



Georg Winter (zweiter v. l.) macht sich zusammen mit Wolfgang Pausch (l.) aus Weiden und Petra Dettenhöfer, MdL, ein Bild von den Baumaßnahmen an der HAW.



In seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen besuchte Georg Winter kürzlich die Oberpfalz.

Zusammen mit der Stimmkreisabgeordneten Petra Dettenhöfer stattete er der Hochschule Amberg-Weiden (HAW) einen Besuch ab. Der Haushaltsausschuss hatte letztes Jahr dem Wissenschaftsetat vorab im Parlament endgültig die Zustimmung gegeben, um einen schnellen Baubeginn der Maßnahmen zu ermöglichen. Dafür hatte sich Petra Dettenhöfer erfolgreich eingesetzt. Winter: „Einen Teil des Haushalts vorab zu verabschieden, das ist eine Neuerung. Hier haben wir neue Wege beschritten, um eine schnelle Investiti-

on zu ermöglichen“. Weiteres Thema war das Landestheater Leuchtenberg in der Oberpfalz. Der Intendant des Theaters, Matthias Winter, hätte gerne für kurzfristige Projekte noch zusätzliche Mittel aus dem Kulturfonds der Staatsregierung. Darum wollte man dem Politiker aus Schwaben einmal das Landestheater vor Augen führen, so der Intendant. Es gehe nun darum, kurzfristig auszuloten, ob für heuer noch Restmittel zur Verfügung stehen und diese dann an das Landestheater gelenkt werden können, so Winter. Seinen Besuch im Landkreis Neustadt an der Waldnaab nahm Winter auch zum Anlass, sich von seiner Kollegin Petra Dettenhöfer und Dr. Jörg Skriebeleit über die laufende Arbeit und über geplante Projekte in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg informieren zu lassen.

Arbeitsgruppe Frauen

Einsatz für Hebammen

„Die freie Wahl des Geburtsortes ist ein hohes Gut für werdende Eltern“, so Gudrun Brendel-Fischer, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen.



Die CSU-Fraktion macht sich für die Hebammen und die freiberufliche Geburtshilfe stark. Denn die Arbeitsgruppe Frauen der CSU-Fraktion befürchtet durch die stark gestiegenen Beiträge für deren Haftpflichtversicherung das Aus für viele Hebammen. Nach dem Willen der CSU-Landtagsabgeordneten soll das Bundesgesundheitsministerium noch in diesem Jahr einen Vorschlag erarbeiten, wie den Hebammen geholfen werden kann. Durch die massive Erhöhung der Haftpflichtversicherungsbeiträge und eine deutlich zu niedrige Vergütung werden immer mehr freiberufliche Hebammen zur Aufgabe ihrer Tätigkeit gezwungen. „Der Rückgang an Geburten hat ohnehin schon eine Zentralisierung von Geburtstationen im ländlichen Raum zur Folge“, so Brendel-Fischer. Als „bayerisches Qualitätsmerkmal“ bezeichnete sie den mit Abstand höchsten Anteil an freiberuflichen Hebammen bundesweit. „Wir haben 2.200 aktive Hebammen insgesamt, davon sind 85 Prozent freiberuflich“.

Zudem habe Bayern den höchsten Anteil an Hausgeburten. Deshalb messe sie den freiberuflich tätigen Hebammen große Bedeutung zu, besonders im ländlichen Raum. Seit 1. Juli sind die Prämien der Haftpflichtversicherung für Hebammen, die Geburtshilfe zu Hause, in Geburtshäusern und als Beleghebammen leisten, stark angestiegen. 3.689 Euro im Jahr kostet nun die Berufshaftpflichtversicherung, 2007 waren es noch 1.219 Euro. Das könnten viele Hebammen, noch dazu bei sinkenden Geburten und damit sinkenden Einnahmen, nicht mehr leisten. Denn dieser Satz entspreche in etwa den durchschnittlichen Einnahmen von drei Monaten. Das Problem seien die hohen Versicherungssummen, die bei geburtsbedingten Behinderungen oder Todesfällen zu zahlen sind. „Das können wir nicht nur über die Versicherungsprämien der Hebammen auffangen“, sagte die CSU-Landtagsabgeordnete Sylvia Stierstorfer. Da immer weniger Kliniken fest angestellte Hebammen beschäftigen und bevorzugt mit freiberuflichen Hebammen zusammenarbeiten würden, müsse dringend dieser freiberufliche Berufsstand unterstützt werden. ■

Zudem habe Bayern den höchsten Anteil an Hausgeburten. Deshalb messe sie den freiberuflich tätigen Hebammen große Bedeutung zu, besonders im ländlichen Raum. Seit 1. Juli sind die Prämien der Haftpflichtversicherung für Hebammen, die Geburtshilfe zu Hause, in Geburtshäusern und als Beleghebammen leisten, stark angestiegen. 3.689 Euro im Jahr kostet nun die Berufshaftpflichtversicherung, 2007 waren es noch 1.219 Euro. Das könnten viele Hebammen, noch dazu bei sinkenden Geburten und damit sinkenden Einnahmen, nicht mehr leisten. Denn dieser Satz entspreche in etwa den durchschnittlichen Einnahmen von drei Monaten. Das Problem seien die hohen Versicherungssummen, die bei geburtsbedingten Behinderungen oder Todesfällen zu zahlen sind. „Das können wir nicht nur über die Versicherungsprämien der Hebammen auffangen“, sagte die CSU-Landtagsabgeordnete Sylvia Stierstorfer. Da immer weniger Kliniken fest angestellte Hebammen beschäftigen und bevorzugt mit freiberuflichen Hebammen zusammenarbeiten würden, müsse dringend dieser freiberufliche Berufsstand unterstützt werden. ■

Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik

Europäisches Friedensprojekt

„Die Vertreibung der Deutschen hat die kulturelle Vielfalt im ganzen östlichen Mitteleuropa beeinträchtigt und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gemindert“, so Christa Matschl.



Die Arbeitsgruppe um Christa Matschl und Dr. Günther Beckstein (m.) mit Repräsentanten der Siebenbürger Sachsen unter ihrem Bundesvorsitzenden Dr. Bernd Fabritius (2. von links).

Ein „europäisches Friedensprojekt“ nannte die CSU-Abgeordnete Christa Matschl das Angebot Rumäniens für ein neues Restitutionsgesetz zugunsten ihrer deutschen Aussiedler. „Rumänien hat erkannt, welchen wirtschaftlichen und kulturellen Verlust der Weggang seiner deutschen Mitbürger für das Land bedeutet“, erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik nach einem Gedankenaustausch, zu dem ihre Gruppe den Verband der Siebenbürger Sachsen mit ihrem Bundesvorsitzenden Dr. Bernd Fabritius eingeladen hatte. Matschl lobte das ehrliche Auftreten des rumänischen Innenministers Vasile Blaga beim Treffen der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl. Vor knapp 20.000 Aussiedlern hatte Blaga eingestanden, dass der Weggang der Deutschen die verbliebenen

Rumänen empfindlich getroffen habe. Es sei an der Zeit, dass sich diese Erkenntnis auch in anderen Staaten durchsetze, die ihre deutschen Volksgruppen nach dem Krieg außer Landes gezwungen haben.

„Den Schaden haben nicht nur die heimatvertriebenen Deutschen, sondern auch die in diesem Raum verbliebenen Völker.“ Jetzt gelte es, diesen Tatsachen ins Auge zu schauen und einen gemeinsamen Weg in eine gute Zukunft zu entwickeln. „Rumänien ist auf diesem Gebiet zum Vorreiter geworden“, erklärte Matschl. Die Rumänen hätten erkannt, dass ein enger Dialog mit ihren ehemaligen Landsleuten in Deutschland im eigenen Interesse liege, um die Folgen der furchtbaren Fehler des vorigen Jahrhunderts gemeinsam zu überwinden. ■

Arbeitsgruppe Medien

Medienkompetenz stärken

„Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation in der multimedialen Welt des 21. Jahrhunderts“, so Berthold Rütth.



Berthold Rütth, MdL, ist als einziger Vertreter des Bayerischen Landtags Mitglied im Kuratorium der Stiftung Medienpädagogik Bayern. Die Stiftung Medienpädagogik wurde von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) geschaffen, um Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen einen selbstbestimmten, aktiven und kritischen Umgang mit neuen Medien zu vermitteln. Rütth wurde aus dem Kreis des Medienrates für das aus 15 Personen bestehende Kuratorium der Stiftung Medienpädagogik Bayern vorgeschlagen. Das Stiftungskuratorium berät die Stiftung, es befasst sich insbesondere mit der Förderung und Unterstützung des Austausches in medienpädagogischen Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildung, Erziehung und den Kirchen. Dazu gehören auch die damit verbundene gesellschaftspolitische Debatte, die Schaffung eines Forums zur Verstärkung des Austausches zwischen den in der Medienpädagogik engagierten Instituti-

onen sowie mit einer kritischen Medienbeobachtung im Hinblick auf Ethik, Wertefragen, Nutzungsverhalten und Verantwortlichkeit von Medienschaffenden.

„Mit Medienkompetenz ist zum einen die Fähigkeit gemeint, Medien bedienen zu können, zum anderen die Fähigkeit, verantwortungsvoll mit deren Inhalten umgehen zu können“, erläuterte der CSU-Bildungspolitiker. „Information, Kommunikation und Recherche sind ohne Computer und Internet undenkbar. Es ist daher die Aufgabe unseres Bildungswesens, alle Schüler in die Lage zu versetzen, den Computer als Arbeitsmittel zu verwenden und zu begreifen. Hierbei ist besonders darauf zu achten, dass der kritische Umgang mit Quellen und Informationen gelehrt wird“, so Rütth. Eine wichtige Maßnahme sei der von der Staatsregierung eingeführte Medienführerschein, der in der Schule Basiswissen für einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit Medien vermittelt. Dieses Projekt soll ausgebaut und weiterentwickelt werden. ■

Zu Besuch beim Oberlandesgericht Bamberg

„Eine effiziente und leistungsfähige Justiz ist ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb“, so Petra Guttenberger.



Die Mitglieder des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz besuchten das Oberlandesgericht, um sich in Bamberg über die Situation der Justiz zu informieren. Im Fachgespräch stand neben der Personalsituation bei Gerichten und Staatsanwaltschaften vor allem die Sicherheit in Gerichtsgebäuden im Mittelpunkt. „Das Oberlandesgericht Bamberg ist gut aufgestellt“, bemerkte OLG-Präsident Peter Werndl. Er sei zuversichtlich, dass der Bezirk die großen personellen Veränderungen, die mit der Pensionierungswelle in den nächsten Jahren verbunden sein werden, gut verkraften werde, fuhr er fort. Die Arbeitskreisvorsitzende Petra Guttenberger bedankte sich für die hervorragende Arbeit der Staatsanwälte und Richter in Bayern. „Dank der hohen fachlichen Qualifikation und Einsatzbereitschaft Ihrer Kolleginnen und Kollegen ist die Qualität der bayerischen Justiz – trotz der hohen Belastung – nach wie vor sehr gut“, betonte sie. In diesem Zusammenhang verwies Guttenberger auf den

Änderungsantrag der CSU-Fraktion zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern, durch den die Ämterstruktur bei Gerichten und Staatsanwaltschaften weiter verbessert werden wird. „Bei den Verhandlungen zum nächsten Doppelhaushalt 2011/2012 werden wir uns entscheiden für die Schaffung neuer Stellen im Bereich der Richter und Staatsanwälte einsetzen“, so Guttenberger. Staatssekretär a.D. Jürgen W. Heike, MdL, erkundigte sich nach der Personalsituation im Servicebereich. „Aus meiner anwaltlichen Praxis weiß ich genau, dass hochmotivierte und engagierte Mitarbeiter im Servicebereich sehr wichtig für die Funktionsfähigkeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften sind“, so Heike. „Die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden ist uns ein besonders wichtiges Anliegen“, betonte Dr. Franz Rieger, MdL. Allerdings müsse man sich angesichts der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel um intelligente Lösungen bemühen. „Der Austausch mit der Praxis ist für uns als Parlamentarier enorm wichtig, um als Gesetzgeber die richtigen Entscheidungen treffen zu können“, betonte Guttenberger abschließend. ■

Sommerfest



Georg Schmid, Innenminister Joachim Herrmann, Ministerpräsident Horst Seehofer und Johannes Hintersberger, Vorsitzender des AK Wehrpolitik.



Innenminister Joachim Herrmann mit MdL Johannes Hintersberger.

Verantwortung übernehmen



Christlich-soziale Politik muss Vorbild sein im effektiven Kampf gegen Hunger, Armut und Klimawandel. Wirtschaftliche, ökologische, soziale und politische Umwälzungen verändern das Gesicht unseres Planeten.

Viele Missstände offenbaren sich bereits heute, doch sie werden uns in Zukunft vor weitaus ernsthaftere Probleme stellen, wenn wir nicht jetzt etwas gegen sie unternehmen.

Grundsätze entwicklungspolitischen Engagements der CSU:

Unser Engagement darf nicht nachlassen, denn Entwicklungshilfe nützt nicht nur den Entwicklungsländern, sondern sichert langfristig auch unsere Zukunft.

Unser Engagement kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Entwicklungspolitik muss da-

her auch an die Maßstäbe guter Regierungsführung, an Demokratie, rechtsstaatliche Grundsätze und Menschenrechte geknüpft sein.

Die Entwicklungspolitik der Länder darf keine Konkurrenz zu den nationalen Akteuren sein.

Unser Engagement muss auch Unternehmen aus der Privatwirtschaft gewinnen (Public-Private-Partnership-Projekte).

Motivation: Entwicklungspolitik lebt von der Bereitschaft der Bürger, sich einzusetzen.

Bayerische Politik als Vorreiter gegen ausbeuterische Kinderarbeit.

Der Bayerische Landtag beschloss 2007 Parteien übergreifend als erstes deutsches Länderparlament, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschaffen. Inzwischen folgten diesem Beispiel eine Reihe anderer Bundesländer. ■

Rund um die CSU-Fraktion

Abgeordnete gesichtet!



Gudrun Brendel-Fischer, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen (r.), mit Dr. Monika Kritzmöller und junger Modedesignerin beim Themenabend "Lebensstile & Mode".



Marie, der Star aus dem Fraktionsspot "Gemeinsam Bayern bewegen", mit ihrer Schulklasse zu Besuch im Bayerischen Landtag.



Ausschussvorsitzender Albert Füracker, DBV-Präsident Gerd Sonnleitner, Staatssekretär Gerd Müller, Magdalena Föstl, Kreisbäuerin Ebersberg, und Fraktionsvorsitzender Georg Schmid (v. l.) im Gespräch.



Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Karl Freller mit einer Gruppe Studenten aus Mississippi (USA) im Plenarsaal.



Dr. Christean Wagner (Hessen), Dr. Angela Merkel und Georg Schmid bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Wiesbaden.



Podiumsteilnehmer des Kultursalons 2010: Moderator Prof. Andreas Bönnte, Prof. Klaus Zehelein, Klaus Gaffron, sowie Staatsminister a. D. Dr. Thomas Goppel, MdL (v.l.).



Junge CSU-Abgeordnete aus Bund und Land diskutierten mit Bundesminister Dr. Peter Ramsauer in München.



Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL, Kerstin Schreyer-Stäblein, MdL, Dr. Manfred Weiss, MdL, Johannes Hintersberger, MdL, Vorsitzender AK Wehrpolitik, und Georg Schmid mit Soldaten der Bundeswehr-Universität im Plenarsaal.



Bildungsstaatssekretär Dr. Marcel Huber (Mitte) und Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL (3.v.r.), diskutierten mit Führungskräften der Lions Nordbayern.

Zu guter Letzt

FRAKTION INTERN

■ Die CSU-Fraktion trauert:

Roland-Friedrich Messner ist am 4. Mai im Alter von 85 Jahren verstorben. Roland-Friedrich Messner gehörte dem Bayerischen Landtag von 1966 bis 1974 an und vertrat den Wahlkreis Oberbayern.

Hans Koller ist am 5. Juni im Alter von 72 Jahren verstorben. Hans Koller gehörte dem Bayerischen Landtag von 1988 bis 1990 an und vertrat den Wahlkreis Oberbayern.

■ Die CSU-Fraktion gratuliert herzlich:

Abgeordneten Hans Herold

zum 55. Geburtstag am 4. Juli. Der Abgeordnete aus Neustadt an der Aisch vertritt seit 2003 die Interessen seiner Heimat im Landtag. Hans Herold ist u.a. seit 2002 CSU-Kreisvorsitzender im Landkreis Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim, Fürth-Land.

Abgeordneter Ingrid Heckner

zum 60. Geburtstag am 31. Juli. Sie vertritt seit 2003 den Stimmkreis Altötting im Landtag und ist Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes. Ingrid Heckner ist seit 1989 u.a. Mitglied im CSU-Bezirksvorstand, seit 2000 CSU-Kreisvorsitzende und seit 1991 stellv. Kreisvorsitzende der Mittelstands-Union.

Abgeordneten Christian Meißner

und Gattin Daniela zur Geburt ihres Sohnes Sebastian Karl Meißner am 3. Mai 2010.

Abgeordneten Markus Blume

und seiner Frau Janet zur Geburt ihres Sohnes Max Ludwig Blume am 29. Juni 2010.

Politischer Club



Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach, MdB, (3.v.l.), Christa Matschl, MdL, (3.v.r.), Fraktionsvorsitzender Georg Schmid (2.v.r.) und Stefan Mayer, MdB, (r.a.) mit Teilnehmern.

Mehr als 400 Gäste drängten sich im Plenarsaal des Bayerischen Landtags, um beim Politischen Club der CSU-Landtagsfraktion mit Erika Steinbach, der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, zu diskutieren. „Kein anderes Land hat sich so für die Belange der Vertriebenen eingesetzt wie Bayern“, lobte Steinbach in Anwesenheit von Ministerpräsident Horst Seehofer. Der CSU-Fraktionsvorsitzende Georg Schmid betonte, dass die CSU auch weiterhin fest an der Seite der Heimatvertriebenen stehen werde. „Erika Steinbach hat sich durch ihren unermüdlichen Einsatz für die Rechte der deutschen Heimatvertriebenen und ihr großes Engagement zur Gründung der Stiftung ‚Flucht, Vertreibung, Versöhnung‘ besonders verdient gemacht“, sagte Schmid in seiner Begrüßung. In ihrer Rede bezeichnete

Steinbach die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die heuer 60 Jahre alt wird, als „moralisches Fundament, das bis zum heutigen Tag trägt und für Europa unverzichtbar ist“. Die Vertriebenen hätten sich in einem Akt der Selbstüberwindung damals für den Weg des Friedens und Miteinanders entschieden. Georg Schmid würdigte die Charta als Zeichen der Menschlichkeit: „Das waren zukunftsweisende, versöhnende Worte – und das in einer Zeit, in der die Heimatvertriebenen vor den Trümmern eines Lebens, einer Existenz, buchstäblich vor dem Nichts standen. Dieses Europa, das Sie damals beschrieben haben, ist Wirklichkeit geworden. Und dieses Europa hat uns in den vergangenen Jahren viel gegeben: Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“, so der CSU-Politiker. ■

Herzliche Einladung



THEMENKONGRESS
Gesellschaft von morgen –
miteinander und füreinander

13. September 2010
10:00 Uhr
Schwabach

AUS DEM

maxIMILIANEUM

HERAUSGEBER: CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, 81627 München • VERANTWORTLICH: Kathrin Alte, Telefon: (089) 4126-2712, Telefax: (089) 4126-1787, online@csu-landtag.de • REDAKTION: Constanze Schlosser, Simon Rehak, Sven Neuner, Dr. Udo Zolleis, Julia Bartz • BILDER UND GRAFIK: Holger Prawitt • LAYOUT: Ernst Vögel jun. • DRUCK: Druck+Verlag Ernst Vögel GmbH, www.voegel.com • INTERNET: www.csu-landtag.de